

Protokoll

Sitzung des Schulausschusses

Sitzung: Freitag, 21.11.2025

Ort: Rathaus, Großer Sitzungssaal, Platz der Deutschen Einheit 1, 38100 Braunschweig

Beginn: 15:00 Uhr

Ende: 16:10 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Frau Antje Maul - CDU

Mitglieder

Herr Bastian Swalve - SPD

Frau Annegret Ihbe - SPD

Herr Detlef Kühn - SPD

Vertretung für: Frau Annette
Schütze MdL (SPD)

Herr Burim Mehmeti - SPD

Frau Bianca Braunschweig - B90/GRÜNE

Frau Rabea Göring - B90/GRÜNE

Herr Gordon Schnepel - B90/GRÜNE

Frau Anke Kaphammel - CDU

Frau Gisela Ohnesorge - Die FRAKTION. BS

Frau Aniko Glogowski-Merten - FDP

Herr Stefan Wirtz - AfD

Herr Kai Pawletko -

Herr Sven Klesse -

Herr Dr. Ulrich Jahnz -

Vertretung für: Herrn Alan Brod-
korb

Frau Susanne Weiß -

Verwaltung

Frau Dr. Christina Rentzsch - Dezernentin V

Frau Dr. Sandra Dittmann - Verwaltung

Frau Petra Schulze - Verwaltung

Frau Susanne Grieger – Verwaltung

Frau Sylvia Adamek - Verwaltung

Abwesend

Mitglieder

Frau Annette Schütze - SPD	entschuldigt
Herr Frank Täubert - CDU	entschuldigt
Frau Sabine Bartsch - BIBS	entschuldigt
Herr Torsten Holst -	entschuldigt
Frau Nele Konnegen - Gruppe der Schülerinnen und Schüler	unentschuldigt
Herr Lars Lienesch - Gruppe der Schülerinnen und Schüler	unentschuldigt
Herr Alan Brodkorb -	entschuldigt

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

1	Eröffnung der Sitzung	
2	Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 10.10.2025	
3	Besetzung von Stellen von Schulleiterinnen bzw. Schulleitern; Vorstellung	25-26662
4	Bestellung eines Schulsportberaters	25-26669
5	Mitteilungen	
6	Anträge	
7	Umwandlung der Grundschule Lindenberg in eine Ganztagschule	25-26666
8	Umwandlung der Grundschule Wenden in eine Ganztagschule	25-26633
9	Umwandlung der Hauptschule Sophienstraße in eine Ganztagschule	25-26519
10	Anfragen	

Nichtöffentlicher Teil:

- 11 Eröffnung des Nichtöffentlichen Teils
- 12 Mitteilungen
- 13 Anträge
- 14 Besetzung der Stellen von Schulleiterinnen und Schulleitern, Behmensherstellung
- 15 Anfragen

Protokoll

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung

Die Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 15.00 Uhr, begrüßt die Anwesenden und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 10.10.2025

Es liegen keine Wortbeiträge vor.

Das Protokoll wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

10 dafür; 0 dagegen; 2 Enthaltungen

3. Besetzung von Stellen von Schulleiterinnen bzw. Schulleitern; Vorstellung 25-26662

Frau Braun stellt sich als neue Schulleiterin der Grundschule Schölkestraße vor.

4. Bestellung eines Schulsportberaters 25-26669

Herr Behnecke stellt sich als neuer Schulsportberater vor.

Auf Nachfrage von Herrn Schnepel erläutert die Verwaltung die Voraussetzungen für die Tätigkeit als Schulsportberaterin bzw. -berater (Lehrkraft an einer Schule in städtischer Trägerschaft mit dem Fach Sport). Der Schulsportberater hat eine beratende Funktion und wird nur auf Anfrage insbesondere bei der Planung, Einrichtung und Ausstattung von Sportstätten mit Ausrichtung auf die praktischen Bedarfe und Anforderungen der Schulen tätig.

5. Mitteilungen

Die von Frau Ihbe im letzten Schulausschuss gestellte Frage zur Zahl der möglichen Anspruchsberechtigten für den Härtefallfond lässt sich sehr schwer einschätzen, da die Anzahl der armutsgefährdeten Personen nicht erfasst wird. Die Verwaltung verweist hierzu auf die im kommenden Jahr anstehende Vorlage zum Härtefallfond, aus der die genaue Definition der Anspruchsberechtigten hervorgehen wird.

6. Anträge

Es liegen keine Anträge vor.

7. Umwandlung der Grundschule Lindenberg in eine Ganztags-schule

25-26666

Frau Ludorf, Schulleiterin der Grundschule Lindenberg, berichtet, dass derzeit bereits ca. 70 % der Schülerinnen und Schüler in sechs Gruppen an der Schulkindbetreuung teilnehmen. Räumlich sei die Schule gut ausgestattet, so dass keine Doppelnutzung der Allgemeinen Unterrichtsräume erfolgen muss. Auch die Mensa wird gemeinsam mit der Außenstelle der Hans-Würtz-Schule genutzt. Außerdem werde die Grundschule Lindenberg im Zuge der Einführung des Ganztagsbetriebs auf ein Funktionsraumkonzept umstellen.

Herr Kühn bittet darum, die Ausstattungswünsche der Schule möglichst zu berücksichtigen. und verweist hierzu auf den Beschluss des Stadtbezirksrates vom 18.11.2025.

Beschluss:

Die Stadt Braunschweig beantragt die Einrichtung des Ganztagesbetriebs für die Grundschule Lindenberg mit Beginn des Schuljahres 2026/2027 gemäß § 23 Niedersächsisches Schulgesetz (NSchG).

Abstimmungsergebnis:

10 dafür; 0 dagegen; 0 Enthaltungen

8. Umwandlung der Grundschule Wenden in eine Ganztags-schule

25-26633

Frau Schmidt, Schulleiterin der Grundschule Wenden, erläutert die derzeitige Raumsituation. Die geplante Interimslösung ist mit dem Schulträger abgestimmt und beinhaltet u. a. eine Mini-Mensa in der alten Schulküche und dem daneben liegenden Betreuungsraum. Die Interimslösung soll bis zur Fertigstellung der neuen, gemeinsam mit dem Lessinggymnasium genutzten Mensa bestehen. Ebenso werden benötigte Allgemeine Unterrichtsräume frei, wenn das Lessinggymnasium aus den Räumen der Grundschule auszieht.

Auf Frage von Frau Ohnesorge erklärt Frau Schmidt, dass nicht alle Kinder gleichzeitig in der Mini-Mensa essen können, sondern in Schichten gegessen wird. Dies wird auch später bei der neuen Mensa der Fall sein.

Ergänzend hierzu führt die Verwaltung aus, dass das Standardraumprogramm für die Mensen von einem Drei-Schichten-Prinzip ausgeht. Die Verwaltung setzt sich beim Niedersächsischen Kultusministerium dafür ein, dass die 1. und 2. Jahrgänge bereits vor 13 Uhr mit dem Mittagessen beginnen können, um eine zeitliche Entzerrung erreichen zu können. Insgesamt ist der vorzeitige Ganztags eine besondere Herausforderung, die jeweils im Einzelfall betrachtet werden muss.

Beschluss:

„Die Stadt Braunschweig beantragt die Einrichtung des Ganztagsbetriebs für die Grundschule Wenden mit Beginn des Schuljahres 2026/2027 gemäß § 23 Niedersächsisches Schulgesetz (NSchG).“

Abstimmungsergebnis:

10 dafür; 0 dagegen; 0 Enthaltungen

9. Umwandlung der Hauptschule Sophienstraße in eine Ganztags- schule

25-26519

Frau Gianneskis, stellvertretende Schulleiterin der Hauptschule Sophienstraße, erläutert die besonderen Herausforderungen ihrer Schule. Die Schülerschaft stammt vor allem aus dem Westlichen Ringgebiet und der Weststadt. Sie betont die Bedeutung des Ganztagsangebots für die soziale Teilhabe und individuelle Förderung sowie Berufsorientierung der Schülerinnen und Schüler. Die Kooperation mit der Hochschule für Bildende Künste (HBK) bei der Mittagsverpflegung wird als innovative Lösung hervorgehoben. Der Antrag zur Umwandlung in eine Ganztagschule wird einstimmig angenommen.

Beschluss:

Die Stadt Braunschweig beantragt die Einrichtung des teilgebundenen Ganztagsbetriebs für die Hauptschule Sophienstraße mit Beginn des Schuljahres 2026/2027 gemäß § 23 Niedersächsisches Schulgesetz (NSchG).

Abstimmungsergebnis:

11 dafür; 0 dagegen; 0 Enthaltungen

10. Anfragen

Es liegen keine schriftlichen Anfragen vor.

Herr Dr. Jahns bringt eine mündliche Anfrage zur Schülerbeförderung ein. Er kritisiert, dass die Hotline der Braunschweiger Verkehrs-GmbH erst ab 08:00 Uhr besetzt sei, was es Eltern erschwere, bei Busausfällen rechtzeitig Informationen zu erhalten. Die Verwaltung erklärt, dass Eltern sich in solchen Fällen an die Schule oder den Fachbereich Schule wenden könnten, um Informationen einzuholen. Es wird vorgeschlagen, die App der Verkehrs-GmbH um Schulbusse zu erweitern oder die Hotline früher zu besetzen. Die Verwaltung sichert zu, das Anliegen mit der Verkehrs-GmbH zu besprechen.

Frau Ohnesorge bittet um Beantwortung folgender Anfrage:

Im Rahmen der Sitzung des Ausschusses für Mobilität, Tiefbau und Auftragsvergabe am 10.10.2025 wurde die Erschließung der IGS Wendenring (25-26491-01) beschlossen. Wir sehen unter anderem folgende Risiken bei der beschlossenen Variante:

1. Vor der Schule ist ein gemeinsamer Geh- und Radweg geplant, was vor Allem bei Schulschluss zu erheblichen Risiken führen kann.
2. Statt einer Ampel sieht die Planung eine Querungshilfe vor. Auch dabei ist das zu erwartende Verhalten der Schülerinnen und Schüler unserer Meinung nach nicht genügend berücksichtigt. So kann z. B. davon ausgegangen werden, dass bei einer Freundesgruppe nicht ein Kind zurückbleiben wird, nur weil es bei der Querungshilfe eng werden könnte.

In diesem Zusammenhang möchten wir wissen, ob der Runde Tisch für Schulwegsicherheit bei der Planung involviert war.

Wenn ja, wie hat der Runde Tisch die geplante Erschließung bewertet? Und wenn der Runde Tisch nicht involviert war, wieso wurde er nicht beteiligt?

Protokollnotiz:

Die Verwaltung nimmt hierzu wie folgt Stellung:

1. Gemeinsamer Geh- und Radweg

Der gemeinsame Geh- und Radweg wurde aus Gründen der Verkehrssicherheit gewählt, weil er eine gemeinsame Fläche schafft, auf der sich alle Verkehrsteilnehmenden gegenseitig wahrnehmen und Rücksicht nehmen müssen. Der Radverkehr wird zu besonderer Vorsicht und reduzierter Geschwindigkeit verpflichtet, anstatt auf seinem separierten Weg eine Vorfahrt zugewiesen zu bekommen, was das Risiko von Konflikten deutlich senkt.

Die Anlage eines getrennten Geh- und Radweges wäre aufgrund der zur Verfügung stehenden Breiten nur mit schmalen Querschnitten möglich. Insbesondere zum Schulschluss könnte dies zu Konflikten führen, da erfahrungsgemäß Schülerinnen und Schüler die Wegefläche vollständig nutzen und sich nicht an eine strikte Trennung halten.

2. Querungshilfe statt Lichtsignalanlage

Das dargestellte Verhalten von Gruppen von Schülerinnen und Schülern unterscheidet sich nicht grundsätzlich bei einer Querungsinsel von einer Lichtsignalanlage (LSA). Sowohl bei einer Querungshilfe als auch bei einer LSA kann es vorkommen, dass eine Gruppe zusammen bleiben möchte. Bei einer lichtsignalgeregelten Anlage besteht zusätzlich die Gefahr, dass der Kraftfahrzeugverkehr bei Grün die Vorfahrt einfordert und weniger auf eventuell noch querende Kinder achtet.

Einbindung des Runden Tisch Schulwegsicherheit:

Die Einrichtung einer Querungshilfe ist verbindliche Auflage aus dem Verkehrsgutachten zum Bebauungsplan HA 143 „Wendenring-Nord“ (6. IGS). Im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens wurden alle gesetzlich vorgeschriebenen Beteiligungsschritte durchgeführt. Eine Stellungnahme des Runden Tisch Schulwegsicherheit ist sowohl in der Beteiligung nach § 4 (1) BauGB als auch § 4 (2) BauGB nicht erfolgt.

Vor der erwähnten Beschlussfassung erfolgte eine verwaltungsinterne Abstimmung, in der u. a. die Radverkehrsbeauftragten, Straßenverkehrsbehörde, der FB Schule sowie die Polizei einbezogen waren. Diese sind auch im Runden Tisch Schulwegsicherheit vertreten. Zusätzlich konnten sowohl der Stadtbezirksrat 330 als auch der vom Rat beauftragte Ausschuss für Mobilität, Tiefbau und Auftragsvergaben im Rahmen des Gremienlaufs sich Gehör verschaffen. Aufgrund der personellen Überschneidungen wurde eine gesonderte Beteiligung des Runden Tisches deshalb als nicht mehr notwendig erachtet.

Nichtöffentlicher Teil:

11. Eröffnung des Nichtöffentlichen Teils

Die Vorsitzende eröffnet den Nichtöffentliche Teil um 16:05 Uhr.

12. Mitteilungen

Es liegen keine Mitteilungen vor.

13. Anträge

Es liegen keine Anträge vor.

14. Besetzung der Stellen von Schulleiterinnen und Schulleitern, Benennungsherstellung

Es liegen keine Vorlagen vor.

15. Anfragen

Es liegen keine Anfragen vor.

Die Vorsitzende schließt die Sitzung um 16:10 Uhr.

gez.	gez.	gez.
Maul	Dr. Rentzsch	Adamek
Vorsitzende	Stadträtin	Schriftführerin